

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 15 (1935-1936)
Heft: 9

Buchbesprechung: Buchbesprechung

Autor: Nobs, Ernst

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

BUCHBESPRECHUNG

Eine Broschüre zur Wehrfrage

Dr. Arthur Schmid: „Die Schweiz und der kommende Krieg“
(Verlag Druckereigenossenschaft Aarau, März 1936, 60 Seiten, 20 Rp.)

Der im November 1934 veröffentlichten Schrift »Wird morgen Krieg sein?« lässt Genosse Arthur Schmid jetzt eine neue Publikation über die Kriegsgefahr folgen, jedoch befaßt sich die jetzt genannte ausschließlich mit der heutigen europäischen Situation und der aus ihr für die schweizerische Landesverteidigung sich ergebenden Konsequenzen. Genosse Arthur Schmid hat so einläßlich wie nur wenige unserer schweizerischen Genossen das haben tun können, mit den gesamt-europäischen Problemen und insbesondere auch mit den Verhältnissen in den faschistischen oder nationalsozialistischen Staaten sich befaßt. Auf Grund eines sehr selbständigen und unbeirrten Studiums dieser Dinge ist Arthur Schmid früher als die große Mehrzahl unserer Genossen zu der Einsicht gekommen, daß die Partei ihre bisherige Politik der Abrüstung und des Antimilitarismus aufzugeben habe — mindestens für so lange, als die extreme faschistische Reaktion Europa bedroht und für den Weltfrieden zuverlässige Garantien geschaffen sind. Diese These verficht er nun auch mit großem Ernst und Nachdruck in der Broschüre »Die Schweiz und der kommende Krieg«. Es mögen hier nur wenige Auszüge Zeugnis ablegen vom Gehalte der Schrift:

»Ein faschistischer Diktator kann den Geist der Massen versklaven, kann ihnen nationalistische Ideen zu suggerieren versuchen, kann mit dem brutalsten Terror jede Meinungsäußerung unterdrücken. In einer Demokratie ist das geistige Leben aber eine Voraussetzung der politischen Unabhängigkeit und der Selbständigkeit des Staates.

Deshalb untergraben alle jene unsere Unabhängigkeit, die versuchen, nach ausländischen Gleichschaltungsmethoden das geistige Leben zu »vereinfachen«, um unangenehmen Diskussionen auszuweichen.

Wer die Pressefreiheit tangiert, schädigt die Demokratie.

Wer die Zensur einführen will, arbeitet am Abbruch unserer Landesverteidigung.

Wer faul und träge auf irgendein Losungswort von oben horcht und sich nicht

selber Gedanken macht, ist innerlich widerstandsunfähig. Er ist bereits reif für gewisse autoritäre Methoden.

Wir haben in der Schweiz verschiedene Sprachen. Nur die Tatsache, daß wir eine Demokratie haben, hat es im 19. Jahrhundert verhindert, daß die Tessiner sich nicht dem geeinigten Italien anschlossen. Wären die Tessiner im 19. Jahrhundert noch die Untertanen der alten Eidgenossen gewesen (die über sie mit furchtbarer Gewalt regierten), dann wäre es selbstverständlich gewesen, daß sie ein solches Land und eine solche Knechtschaft nicht geschätzt hätten.

Ein Untertanenland, wie die Waadt jahrhundertelang es war, hätte kein Interesse daran gehabt, noch länger bei der Schweiz zu bleiben, wenn es sich einer französischen Republik hätte anschließen können.

Die geistige Eigenart und die geistige Regsamkeit zu fördern, ist für unsere Unabhängigkeit und für unsere Widerstandsfähigkeit dem Auslande gegenüber von großer Bedeutung.

Wir haben nie erklärt, daß die Schweiz sich aktiv in irgendwelche Bündnispolitik mit anderen europäischen Staaten einlassen soll. Das würde ihrer Neutralität widersprechen. Das würde auch ihre Unabhängigkeit gefährden.

Aber wir sind der Meinung, daß jeder demokratisch gesinnte Schweizer alle Ursache hat, Zustände, wie sie im Dritten Reich bestehen, als für die europäische Kultur und für den Frieden verhängnisvoll abzulehnen. Wir sind auch der Meinung, daß jeder demokratisch gesinnte Schweizer alle Ursache hat, die Barbareien im Ausland zu kritisieren. Man hat es zu einer gewissen Zeit in der Schweiz als eine Kulturaufgabe betrachtet, die Armenien-Greuel, die Greuel des zaristischen Rußlands anzuprangern und dem Recht und der Gerechtigkeit seine Stimme zu leihen. Heute, wo die Kultur in Westeuropa direkt in Gefahr steht, ist es Pflicht, seine Stimme für die Menschlichkeit zu erheben.

Vor einiger Zeit ist in einzelnen Zei-

tungen eine Notiz erschienen, die beruhigend wirken sollte. Man hat erklärt, daß die Sperrforts, für die im Herbst 1934, also vor bald 1½ Jahren, ein Kredit von 6 Millionen Franken bewilligt wurde, und die an der deutschen Grenze zu errichten sind, in nächster Zeit zu bauen begonnen werden. Man machte darauf aufmerksam, daß die Vorarbeiten jetzt abgeschlossen seien. Wir sind der Meinung, daß solche Meldungen unter Umständen beim Gegner den Eindruck erwecken, daß es der Schweiz bei diesem Tempo der Ausführung von Beschlüssen mit der Landesverteidigung gar nicht ernst sei. Wenn solche Maßnahmen von den zuständigen Behörden einmal beschlossen sind, dann sollte man in der Situation, in der wir uns heute befinden, auch für ihre rasche Realisierung sorgen.

Es gehört zu der erfolgreichen Verteidigung unseres Landes, daß die Offiziere sich aus wirklichen Demokraten, aus überzeugten Anhängern unserer Unabhängigkeit rekrutieren. Dann wird die Chance, daß wir nicht in den Krieg hineingezogen werden, wachsen.

Die Schweiz ist ein kleines Land und verfügt nur über beschränkte finanzielle Mittel. Die Beschaffung der Mittel für die notwendig werdende technische Ausrüstung unserer Armee ist ein wichtiges Problem. Wir sind der Meinung, daß die Besitzenden der Schweiz bei der Beschaffung der finanziellen Mittel ein Opfer zu bringen haben. Wir sehen nicht ein, warum das Geld für Militärzwecke nicht durch eine Anleihe zu einem ganz niedrigen Zinsfuß (beispielsweise 2 Prozent) aufgenommen werden könnte.

Der schweizerische Kapitalismus hat Milliarden in seinem Auslandsgeschäfte verloren. Man hat Deutschland 3 bis 3½ Milliarden Schweizerfranken gegeben. Das Geld kommt sehr wahrscheinlich nie mehr zurück. Es ist verwendet worden, um die deutsche Industrie auch unserer Industrie gegenüber noch konkurrenzfähiger zu machen. Einen Teil davon hat man jedenfalls auch für die deutsche Ausrüstung verwendet.

Die Herstellung der Waffen und Ausrüstungsgegenstände ist teilweise immer noch Sache des Privatkapitals. Die Initiative, welche jetzt läuft, und welche den

privaten Waffenhandel und die Herstellung von Waffen verstaatlichen oder zum mindesten unter strengste Kontrolle stellen will, ist eine dringende Notwendigkeit. Unsere Neutralität kann durch den privaten Waffenhandel unter Umständen schwer geschädigt werden. Der Staat kann, ohne private Gewinne zahlen zu müssen, viel besser selber seine Bedürfnisse auf dem Gebiete der militärischen Ausrüstung beschaffen. Er weiß auch, was er absolut braucht und er muß sich nicht durch Interessenten, die gerne an der Rüstung etwas verdienen, aufklären lassen.

Wie wir schon ausführten, sind die Militärausgaben eine schwere finanzielle Belastung für die Volkswirtschaft eines Landes. Der Rüstungswahnsinn in Europa läßt die Militärlasten fortwährend wachsen. Ein kleines Land hat keine Wahl; es kann sich nicht wehrlos machen, wenn es nicht zum Kriegsschauplatz werden will; besonders wenn es zwischen Staaten gelegen ist, von denen einzelne den Krieg auf kurze oder längere Sicht vorbereiten.

Das kleine Land muß versuchen, seinen Widerstand so stark zu machen, daß man seine Grenzen respektiert. Gerade weil es aber nur über beschränkte finanzielle Mittel verfügt, muß die technische Ausrüstung des Militärs sorgfältig vorbereitet werden. Will es die Chance, den Frieden zu erhalten, ausnützen, so kann es die technischen Neuerungen auf dem Gebiete des Militärwesens nicht vernachlässigen. Das bedingt aber, daß man die bisherigen Waffen überprüft; daß man beispielsweise untersucht, ob die Kavallerie in einem zukünftigen Kriege noch irgendeine Rolle spielen kann, oder ob sie nicht restlos durch Radfahr- und Motorradfahr-Abteilungen oder durch motorisierte Truppen zu ersetzen ist. Es hat keinen Sinn, daß ein Volksheer veraltete Armeeteile weiterführt.«

Diese wenigen Proben mögen zeigen, daß es sich hier um eine mit volliger Unbefangenheit und mit viel Mut geschriebene und darum um so lesenswertere Arbeit handelt. Es werden nicht zuletzt die Leser der »Roten Revue«, denen Arthur Schmid kein Unbekannter ist, nach dem zeitgemäßen Broschürchen greifen.

E. Nobs.